



Nationale Gesundheitspolitik in Kürze: Session März 2019

Dienstag, 05.03.2019

Der Ständerat in Kürze

ÄRZTEFEHLER: Die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker lehnte die Einsetzung einer privatrechtlichen Organisation zur Förderung der Qualität im Gesundheitswesen ab und sprechen sich dagegen für eine eidgenössische Kommission aus, durch die die Ziele einheitlicher und besser erreicht werden können. Ausserdem seien Leistungserbringer und Versicherer für diese Aufgabe nicht geeignet, da die Qualitätsentwicklung bisher in deren Aufgabengebiet gefallen sei und bisher keine ausreichenden Erfolge zu vermerken sind.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir begrüssen den Entscheid der Mehrheit des Parlaments. Die Kontrolle und Förderung der Qualität sollten von einer neutralen, eidgenössischen Kommission geregelt werden. Allerdings sind wir nach wie vor der Überzeugung, dass der Bund auf die Gesetzesvorlage für ein nationales Zentrum für Qualität und Wirtschaftlichkeit zurückkommen sollte.

TARMED: Die Mehrheit des Parlaments fordert das zukünftig die Leistungsrechnung für ambulante Behandlungen für Patientinnen und Patienten transparenter und einfacher nachvollziehbar gestaltet sein sollen, um auch die Kostendämpfung zu unterstützen. Der Ständerat überwies daher die Motion zur weiteren Bearbeitung an den Bundesrat.

TARMED: Die Mehrheit des Parlaments fordert das zukünftig die Leistungsrechnung für ambulante Behandlungen für Patientinnen und Patienten transparenter und einfacher nachvollziehbar gestaltet sein sollen, um auch die Kostendämpfung zu unterstützen. Der Ständerat überwies daher die Motion zur weiteren Bearbeitung an den Bundesrat.

Die Haltung der Patientenstelle: Wir fordern seit langem transparente und nachvollziehbare Rechnungen von Ärztinnen, Ärzten und Fachpersonen. Heute haben die Versicherten kaum die Möglichkeit ihre Rechnungen zu kontrollieren und zu überprüfen.

INNOVATION: Der Ständerat hat eine Motion abgelehnt, die eine Innovationsbestimmung im Krankenversicherungsgesetz verlangt. Grund dafür ist, dass der Bundesrat bereits einen entsprechenden Vorschlag in die Vernehmlassung geschickt hat. Die Stellungnahmen werden derzeit ausgewertet. Der Nationalrat hatte die Motion angenommen, bevor der Bundesrat den Vorentwurf veröffentlichte.

Die Haltung der Patientenstelle: Wir begrüssen die Ablehnung, weil das Anliegen bereits in den Kostendämpfungsmassnahmen integriert ist.

Donnerstag, 07.03.2019

Der Nationalrat in Kürze

PATIENTENSICHERHEIT: Nach dem der Ständerat der Motion von Hans Stöckli (SP/BE) bereits zugestimmt hatte, stimmte heute auch der Nationalrat oppositionslos zu, dass Patientinnen und Patienten zukünftig einen gedruckten oder elektronischen Medikationsplan erhalten sollen, um einen besseren Überblick über die verordneten Medikamente zu gewährleisten und die Patientensicherheit zu fördern. Polymedikation, heutzutage vor allem unter älteren Menschen vorhanden, birgt das Risiko von Nebenwirkungen und Wechselwirkungen.

Die Haltung der Patientenstelle: Mit dieser Motion wird ein wichtiger Meilenstein in der Medikamentensicherheit gesetzt. Wir nehmen das mit grosser Zufriedenheit zur Kenntnis.

Donnerstag, 14.03.2019

Der Nationalrat in Kürze

FRANCHISE: Die Räte einigten sich auf eine Franchisenerhöhung von vorerst 300 auf 350 Franken. Danach werden sie laufend im Verhältnis zu den Gesundheitskosten erhöht. Die Mehrheit im Rat ist überzeugt, dass sich durch eine höhere Beteiligung Prämien sparen lassen. Das Referendum dagegen wird von der Minderheit des Nationalrats und weiteren Organisationen ergriffen.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir lehnen die Erhöhung der Franchise und der Automatismus der jährlichen Franchiesenerhöhung ab. Von dieser Massnahme sind die Menschen betroffen, die krank sind und/oder die Prämienlast kaum tragen können.

KRANKENKASSEN: Das Parlament beschloss, dass Anrufe zur Gewinnung von Neukunden im Krankenkassensetting verboten und die Vermittlerprovisionen begrenzt werden. Der Nationalrat nahm die Motion aus dem Ständerat an. Das Verbot soll ausgeweitet werden und die telefonische Kaltakquise - die erstmalige Kontaktaufnahme zu einem möglichen Neukunden - für Grund- und Zusatzversicherung verbieten. Darüber muss nun der Ständerat befinden.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir fordern seit Jahren das Verbot von Maklertätigkeit und die Abgeltung durch die Krankenversicherungen oder durch Vergleichsdienste. Insbesondere in der Grundversicherung können die Prämien verglichen und die Versicherung problemlos ausgesucht werden.

ÄRZTELÖHNE: Ärztinnen und Ärzte in Spitälern sollen künftig ihren Lohn offenlegen müssen. Die Mehrheit des Nationalrats stimmte einer Motion zu, die mehr Transparenz bei Entschädigungen und Honoraren im stationären und ambulanten Bereich fordert. Heute hätten die Spitäler teilweise keinen Überblick über die Einnahme-quellen ihrer Kaderärzte und -ärztinnen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir begrüssen die Transparenz in der Hoffnung, dass die Zahlungsströme und finanziellen Anreize transparent werden.

MEDIKAMENTE: Der Bundesrat muss bei der Vergütung von Medikamenten für krebskranke Kinder über die Bücher. Mit einem Bericht soll er unter anderem mögliche Lösungen aufzeigen für die Rückerstattung der Kosten von Medikamenten, die bereits im Ausland zugelassen wurden, aber in der Schweiz noch nicht. Der Nationalrat will die heutige Ungleichbehandlung bei den Kostenübernahmen von sogenannten "Off Label Use"-Medikamenten beseitigen. Der Bundesrat beantragte aufgrund laufender Arbeiten auf diesem Gebiet die Annahme des Vorstosses. Die Ergebnisse einer Evaluation werden frühestens im Jahr 2020 vorliegen.

Die Haltung der Patientenstellen: Die „Off Label Use“-Medikamente nicht nur für Kinder hat einen sehr grossen Handlungsbedarf. Mit einem Vorstoss wird ein Register für diese Medikamente gefordert, welches auch den Nutzen für die Patientinnen und Patienten aufzeigen sollte, entspricht absolut unseren Forderungen.

PFLEGE: Die Kantone fordern bei einer einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen, den Einbezug von Pflegeleistungen. Auf Antrag der Gesundheitskommission soll der Bundesrat eine Grundlage für eine solche Forderung erarbeiten. Diese hat bereits eine Vorlage für eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen ausgearbeitet. Für den Einbezug sei aktuelle die Grundlage nicht gegeben.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir begrüssen den Einbezug der Pflege in die Finanzierung der ambulanten und stationären Leistungen. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei um eine Stärkung der integrierten Versorgung.

GESUNDHEITSDATEN: Die Mehrheit des Nationalrats befürwortete, dass zukünftig Statistiken zu Entwicklungen im Gesundheitswesen von einem unabhängigen Organ wie dem Bundesamt für Statistik erstellt werden sollen. Dies, damit unbestrittene und aktuelle Daten das Gesundheitssystem den Bedürfnissen und der Kostenentwicklung angepasst werden kann. Der Ständerat hat jetzt darüber zu befinden. Der Bundesrat unterstützt das Anliegen.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir befürworten ein unabhängiges Organ für die Sammlung und Auswertung von Gesundheitsdaten.

Montag, 11.03.2019

Der Nationalrat in Kürze

MEDIKAMENTE: Apotheken dürfen Antibiotika weiterhin nur in Notfällen ohne ärztliche Verordnung abgeben. Der Bundesrat begründet seine Haltung gegenüber der Kritikerin mit der Gefahr von Antibiotikaresistenzen.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir teilen die Haltung des Bundesrates. Der Gefahr von Antibiotikaresistenzen muss vollumfänglich Rechnung getragen werden. Zumal Antibiotikaresistenzen eines der grössten Problemfelder in der Gesundheitsversorgung national wie international sind.

Montag, 18.03.2019

Der Nationalrat in Kürze

MEDIZINPRODUKTE: Die Schweiz soll die strengeren EU-Regeln für Medizinprodukte übernehmen, damit Schweizer Unternehmen Zugang zum europäischen Markt behalten. Für die Transparenzregel, die der Nationalrat einführen wollte, gibt es jedoch keine Mehrheit. Die grosse Kammer verlangte, dass Ärzte und andere Personen, die Heilmittel verschreiben oder abgeben, ihre Interessenbindungen offenlegen müssen. Der Ständerat lehnte das über alle Beratungsrunden hinweg ab. Auch in der Einigungskonferenz fand die Transparenzregel keine Mehrheit. Der Ständerat stimmte deren Antrag ohne Gegenstimme zu. Nun ist noch der Nationalrat am Zug.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir begrüssen die Anpassungen an die EU-Regeln und die Transparenzforderungen, insbesondere weil sie die Qualität der Behandlungen in diesem Bereich stärken. Allerdings ist bei den Medizinprodukten nach wie vor ein grosser Handlungsbedarf gegeben.

Mittwoch, 20.03.2019

Der Ständerat in Kürze:

KRANKENKASSENPRÄMIEN: Kantone sollen Versicherte, für welche sie ausstehende Krankenkassenprämien bezahlen, nicht an von ihnen definierte Krankenversicherer zuweisen können. Das würde Krankenkassen in finanzielle Schieflagen bringen.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir halten das Anliegen für sehr wichtig, zumal es in erster Linie nicht um die Krankenversicherer geht, sondern um die Versicherten und letztlich um uns alle als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Donnerstag, 21.03.2019

Der Ständerat in Kürze

GESUNDHEITSDATEN: Im Gesundheitswesen erfassen das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und das Bundesamt für Statistik (BFS) ähnliche Daten für die Erbringung und Vergütung medizinischer Leistungen. Mit einer kohärenten Datenstrategie sollen nun Doppelspurigkeiten vermieden und Kosten gespart werden. Parallel dazu eruiert eine Expertengruppe mit Akteuren aus dem Gesundheitswesen ebenfalls Doppelspurigkeiten und mögliche Lösungsvorschläge.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir unterstützen selbstverständlich die geplante Datenstrategie und die Vermeidung von Doppelspurigkeiten und der damit verbundenen Kostenersparnis.

Vorstösse eingereicht von Thomas Hardegger, SP ZH:

- 19.3350 Interpellation - **Antibiotikaresistenzen schmuggeln sich durch Kläranlagen**
- 19.3351 Interpellation - **Unterstützung der medizinischen Fachgesellschaften durch den Bund bei der Erarbeitung von Choosing-Wisely-Empfehlungen**
- 19.3352 Motion - **Wechsel des Krankenversicherers trotz Zahlungsausständen und Verlustschein** (Einreichungsdatum: 22.03.2019)
- 19.3089 Interpellation - **Mobilfunk: 5G und gesundheitliche Risiken**